



Berlin Aktuell

Die Woche im Parlament



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Terroranschläge in Paris haben uns tief erschüttert. Es ist beeindruckend, wie viele Menschen ihre Solidarität mit Frankreich bekundet haben und für die Werte von Freiheit und Demokratie in diesen Tagen demonstrieren. Auch in Berlin und im Deutschen Bundestag waren in dieser Woche der Kampf gegen den Terror und die Solidarität mit Frankreich das beherrschende politische Thema.

Eine erfreuliche Nachricht gab es aus dem Finanzministerium: Wir haben die schwarze Null bereits 2014 erreicht, also keine neuen Schulden aufgenommen.

Im Bundestag diskutiert wurde in dieser Woche auch der Nationale Bildungsbericht. Er zeigt, in Sachen Bildung geht es in Deutschland aufwärts. Auch das ist eine gute Nachricht

Ihr 

Gegen Hass und Intoleranz - für die Freiheit und unsere Art zu leben **Mahnwache am Brandenburger Tor**

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind am Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken und um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen. Damit zeigen Sie auch, dass Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihnen wichtig sind und dass sie Intoleranz und Hass ablehnen.

Die Menschen in Paris sind nicht allein in diesen schweren

Tagen. Wir teilen ihr Leid. Weltweit haben Menschen ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel an der Spitze und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben klargemacht, dass wir unseren französischen Nachbarn in diesen Stunden noch verbundener sind als sonst.

In den Gesichtern der Teilnehmer konnte man ablesen, welche Wunden der Anschlag gerissen, aber auch, welche Ent-

schlossenheit er hervorgerufen hat. Auch wir sind entschlossen, uns von der Angst nicht beherrschen zu lassen. Wir werden Mord und Intoleranz nicht weichen. Wir werden die Werte der Freiheit gegen Fanatismus und Terror verteidigen.

In Berlin haben wir uns am Brandenburger Tor zu einer Mahnwache versammelt mit den Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestages sowie den Vertretern der christlichen Kirchen, der jüdischen und der muslimischen Glaubensgemeinschaften.

Fortsetzung auf Seite 2

Bundespräsident Joachim Gauck hat in einer eindrucksvollen Rede den Zusammenhalt in unserem Land beschworen.

Im Deutschen Bundestag nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung klar Stellung dazu.

Als Konsequenz auf die Anschläge in Frankreich forderte sie eine demokratische Rückbesinnung. „Wir sollten unsere Gesellschaft wachrütteln für dieses Lebensprinzip der Demokratie“, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Mitreden, mitentscheiden, Hilfe leisten und Verantwortung übernehmen seien für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend. „Das ist unser Gegenwurf zur Welt des Terrorismus“, sagte die Kanzlerin. Es sei eine Rückbesinnung auf die unveräußerlichen Grundwerte wie Meinungsfreiheit nötig. Der Staat werde alle Andersdenkenden und -gläubigen in Deutschland schützen. „Jede Ausgrenzung von Muslimen, jeder Generalverdacht verbietet sich.“

Erneut bekannte sich die Kanzlerin dazu, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Islamistischen Attentätern warf sie Gotteslästerung und Anmaßung vor, weil sie sich als Werkzeug Gottes ansähen.

Zugleich sei der Kampf gegen Antisemitismus „staatliche und bürgerliche Pflicht“ in Deutschland, sagte Merkel. Denn Toleranz sei nie Standpunktlosigkeit, Freiheit sei „immer auch mit Verantwortung verbunden“.

Die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte müssten im Alltag stärker gelebt werden.

Bereits 2014 keine neuen Schulden Schwarze Null ein Jahr früher als geplant

Das Bundesfinanzministerium hat das vorläufige Ergebnis des Bundes für das Haushaltsjahr 2014 veröffentlicht.

Es ist ein großartiges Ergebnis, dass der Bund bereits im vergangenen Jahr ohne neue Schulden auskam. Die Koalition hat eines ihrer zentralen Ziele damit ein Jahr früher als geplant erreicht. Die große Herausforderung ist es nun, auch in den kommenden Jahren zuverlässig ohne neue Schulden auszukommen. 2014 war die Kür, ab 2015 folgt die Pflicht. Die Union mit Bundesfinanzminister Schäuble steht für den nachhaltigen und verlässlichen Kurs

in der Haushaltspolitik, mit dem wir ein stabiles Fundament für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land legen.

Das vorsichtige und solide Vorgehen bei der Haushaltsaufstellung zahlt sich aus. Der vorläufige Haushaltsabschluss zeigt: Die Koalition ging zu recht von höheren Steuereinnahmen als die Steuerschätzer aus. Die massiven Vorwürfe der Opposition über „politischen Tricksereien“ und eine „Haushaltspolitik im Las-Vegas-Stil“ haben sich erneut als unzutreffend erwiesen.



Peter Weiß bei der Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin

Aufnahme: Müller

Ausdrücklich verwies die Kanzlerin darauf, wie viele Journalisten weltweit ermordet, entführt oder verhaftet wurden. „Pressefreiheit auf dem Papier ist also noch nicht viel wert. Sie ist immer konkret“.

Die Bundeskanzlerin stellte angesichts terroristischer Bedrohungen eine Stärkung der deutschen Sicherheitsbehörden in Aussicht. „Wir müssen den

Sicherheitsbehörden insgesamt die erforderliche personelle und finanzielle Ausstattung verschaffen, die sie benötigen, um unsere Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten“, sagte sie. „Wir müssen sie in die Lage versetzen, ihre Arbeit auch unter veränderten Lageanforderungen und veränderten technischen Rahmenbedingungen zu erbringen.“

Bildung in Deutschland

Guter Zwischenstand

Der Nationale Bildungsbericht 2014 zeigt, dass sich die Kennzahlen für Bildung in Deutschland deutlich verbessert haben. Die Tendenz zeigt in allen Bereichen klar nach oben. Bei der Kinderbetreuung und der Weiterbildung haben wir die gesetzten Ziele schon jetzt erreicht. Enorm ist auch, dass sich die Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 verdoppelt hat, was für eine erhebliche Erhöhung des Bildungsstandes der Bevölkerung spricht. Allerdings gibt es eine Kehrseite, die wir schon seit einiger Zeit aufmerksam begleiten: Die Zahl der Studienanfänger liegt erstmals gleichauf mit der Zahl derer, die eine berufliche Ausbildung begonnen haben.

Bei aller Wertschätzung für die akademische Bildung müssen und werden wir dafür Sorge tragen, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland zu stärken. Sie ist ein Markenzeichen und Erfolgskern unseres

Landes und Grundlage für die hervorragende Qualität unseres Handwerks. Sie zeichnet auch verantwortlich für die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Mit der Stärkung des Meister-BAföGs und anderen geeigneten Mitteln werden wir die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Damit werden wir auch vorausschauend dem sich im Zuge des demografischen Wandels andeutenden Fachkräftemangel vorbeugen.

Der diesjährige Nationale Bildungsbericht legt einen Schwerpunkt auf das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Der Bericht belegt die Fortschritte der Inklusion: Immer mehr Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen besuchen gemeinsame Kindertageseinrichtungen und Schulen, allerdings mit einem abnehmenden Anteil mit zunehmendem Alter.

Demographischer Wandel verstärkt Fachkräftemangel

Im September 2014 gab es in 139 von 615 Berufsgattungen Fachkraftengpässe. Davon spricht man, wenn aus dem Kreis der Arbeitslosen nicht alle offenen Stellen in diesem Bereich zu besetzen sind. Insgesamt 6,7 von 23,9 Millionen Fachkräften arbeiteten in Engpassberufen. Die meisten Engpassberufe gibt es in den Bereichen „Gesundheit, Soziales und Bildung“ sowie „Bau- und Gebäudetechnik“. Der absehbare Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation wird mittelfristig zu einem erhöhten Ersatzbedarf an Fachkräften führen. Von den 6,7 Millionen Engpass-Fachkräften werden 2,1 Millionen innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind von Engpässen deutlich häufiger betroffen als große Unternehmen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Gute Beratung ist wichtig

Gute Politik braucht gute Beratung. Für den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß ist die Beratung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) von besonderer Bedeutung. Daher traf er sich in dieser Woche mit der neuen Leiterin der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung Petra Bahr (links) und der Koordinatorin für Arbeitsmarkt

und Arbeitsrecht Eva Rindfleisch (rechts) zum Gedankenaustausch.



Ein weiteres Gespräch führte Peter Weiß in dieser Woche mit Yilmaz Akkoyun, dem neuen Referenten der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Arbeit, Soziales und Demografie

Aufnahmen: Zwiener

Impressum

Berlin Aktuell - Die Woche im Parlament

Herausgeber: Peter Weiß MdB

Layout und Inhalt: Frank Zwiener

Deutscher Bundestag,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. (030) 227 77333

Fax (030) 227 76387

peter.weiss@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Denzlinger Straße 8,

79312 Emmendingen

Tel. (07641) 93 11 77

Fax (07641) 93 15 80

Friedrichstr. 5, 77933 Lahr

Tel. (07821) 90 80 61

Fax (07821) 90 80 62

peter.weiss@wk.bundestag.de

Termine mit Peter Weiß

**Samstag, 17. Januar 2015,
09:30 Uhr**

Treffen der Bundestags- und Landtagsabgeordneten mit katholischen und evangelischen Dekanen der Ortenau, kath. Zentrum St. Fidelis, Offenburg, Straßburger Str. 39.

**Samstag, 17. Januar 2015,
15:30 Uhr**

Neujahrsschießen der CDU Kenzingen im Schützenhaus.

**Samstag, 17. Januar 2015,
18:00 Uhr**

Neujahrssessen der CDU Tenningen, Schlosscafé Heimbach, Ostmann-Ulm-Str. 1, Tenningen.

**Montag, 19. Januar 2015,
15:00 Uhr**

Seniorenachmittag der CDU Ettenheim, Palais Rohan, Rohanstr. 16.

**Dienstag, 20. Januar 2015,
16:00 - 18:00 Uhr**

Bürgersprechstunde im Bürgerbüro Lahr, Friedrichstr. 5 (am Urteilsplatz),
Tel. 07821 90 80 61.

**Dienstag, 20. Januar 2015,
19:00 Uhr**

Neujahrsempfang des Ortenaukreises im Landratsamt, Badstr. 20, Offenburg.

**Mittwoch, 21. Januar 2015,
10:00 Uhr**

Offizielle Übergabe der neuen Leitung des Finanzamtes Lahr, Konzertsaal im Haus zum Pflug, Kaiserstr. 41, Lahr.

**Mittwoch, 21. Januar 2015,
17:00 - 19:00 Uhr**

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Emmendingen, Denzlinger Str. 8,
Tel. 07641 93 11 77.

**Mittwoch, 21. Januar 2015,
18:01 Uhr**

Offizielle Fasnetseröffnung, Sparkasse Emmendingen, Marktplatz 13.

**Mittwoch, 21. Januar 2015,
19:11 Uhr**

Ausstellungseröffnung 5x11 Jahre EFG und 5x25 Jahre Emmendinger Bockfrühschoppen, Sparkasse Emmendingen, Marktplatz 13.

**Donnerstag, 22. Januar 2015,
14:30 Uhr**

Besuch des Hauses Rebenblüte (Pflegeeinrichtung) in Kippenheim, Bahnhofstr. 7.

**Donnerstag, 22. Januar 2015,
16:30 Uhr**

Gespräch zur Arbeitsmarktpolitik mit dem Leiter des JobCenters Emmendingen, Christian Rauch.

**Freitag, 23. Januar 2015,
09:00 Uhr**

Eröffnung der Messe „Salon Régional Formation Emploi“ zum Arbeitsmarkt in Colmar/Elsass.

**Freitag, 23. Januar 2015,
20:00 Uhr**

Theater im Sängenheim, Freiamt.

**Samstag, 24. Januar 2015,
09:00 Uhr**

Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Ulm.

**Sonntag, 25. Januar 2015,
11:00 Uhr**

Zunftmeisterempfang der Narrenzunft Bleibach im Bürger-saal, Bahnhofstr. 1.

**Sonntag, 25. Januar 2015,
14:11 Uhr**

Jubiläumsszug mit Vogteitreffen in Bleibach.

Christenverfolgung nimmt zu

Laut dem jüngst vom christlichen Hilfswerk Open Doors veröffentlichten Weltverfolgungsindex (WVI) werden heute weltweit rund 100 Millionen Christen um ihres Glaubens willen verfolgt. Das 13. Mal in Folge steht Nordkorea auf dem unrühmlichen Platz 1 des WVI, gefolgt von Somalia, dem Irak, Syrien, Afghanistan, Sudan, dem Iran, Pakistan, Eritrea und Nigeria. In 18 der 20 am höchsten eingestuften Länder gilt „Islamischer Extremismus“ als eine Haupttriebkraft der Verfolgung. Die stärkste Zunahme der Christenverfolgung vollzieht sich in Afrika, besonders in den Ländern südlich der Sahara. Neben dem gewalttätigen Vorgehen islamistischer Gruppierungen trägt dazu wesentlich die schleichende Islamisierung einiger Staaten bei. Ein Beispiel hierfür ist Kenia, das auf dem Index den stärksten Sprung nach oben macht. Gleichzeitig wird deutlich, dass auch die Schwere der Verfolgung weltweit zugenommen hat.

(Quelle: Open Doors)

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen

Aus Anlass der Internationalen Grünen Woche haben wir einen Antrag zu gesunder Ernährung eingebracht. Schon Kinder und Jugendliche müssen stärker als bisher für die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung und Gesundheit aufgeklärt werden. Wir fordern daher, die erfolgreichen Programme der Ernährungsbildung fortzuführen und einheitliche Standards in der Gemeinschaftsverpflegung in Bildungseinrichtungen einzuführen.